

An den **Oberbürgermeister**  
Der Stadt Coburg  
**Herrn Norbert Tessmer**  
Markt 1  
96450 Coburg

Coburg, den 8.1.2020

**Antrag zur öffentlichen Stadtratssitzung am 23.1.2020 des Coburger ÖDP-Stadratsmitglieds zum Thema Eigenkapitalstärkung der REGIOMED-KLINIKEN GmbH, Sonneberg**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Aufgrund einer sorgfältigen Analyse der Jahresabschlüsse des REGIOMED-Konzerns für die Jahre 2013 bis 2018 beantrage ich die folgende Beschlussfassung durch den Stadtrat:

**Der Oberbürgermeister und die Verbandsräte der Stadt Coburg werden beauftragt und ermächtigt, über die Verbandsversammlung des Krankenhauszweckverbandes Coburg folgenden Beschluss der Gesellschafterversammlung der REGIOME-KLINIKEN GmbH, Sonneberg herbeizuführen und diesem zuzustimmen:**

***Die Gesellschafter der REGIOMED-KLINIKEN GmbH, Sonneberg beschließen was folgt:***

***Die von den Gesellschaftern beschlossenen Kassenkredite in Höhe von bis zu 30 Millionen Euro werden unmittelbar in voller Höhe ausgezahlt und in der Höhe von 30 Millionen Euro in Eigenkapital der REGIOMED-KLINIKEN GmbH, Sonneberg umgewandelt.***

**Begründung:**

Die Analyse der Jahresabschlüsse des REGIOMED-Konzerns der Geschäftsjahre 2013 bis 2018 (<https://www.Bundesanzeiger.de/> Rechnungslegung/Finanzberichte) zeigt, dass der REGIOMED-Konzern zu Beginn der Amtsperiode der Stadt- und Kreisräte in Oberfranken im Jahr 2014 gut aufgestellt war. Durch Managementfehler hat sich unter den Augen der Gesellschafter die Ertragslage seit dem Jahr 2014 kontinuierlich und deutlich verschlechtert, bis schließlich das Geschäftsjahr 2018 mit einem Bilanzverlust von ca. 25,1 Millionen Euro abgeschlossen wurde. Da der Verlust von 25,1 Millionen Euro in erheblichem Maße durch Einmaleffekte und periodenfremde Aufwendungen gekennzeichnet ist, kann bei optimistischer Betrachtung davon ausgegangen werden, dass aufgrund der zwischenzeitlich eingeleiteten Restrukturierungsmaßnahmen im Geschäftsjahr 2019 nur noch ein operativer Verlust in der Größenordnung von ca. 5 Millionen Euro entstanden sein wird. Diese Verluste von insgesamt 30 Millionen Euro sind eindeutig nicht durch Versäumnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des REGIOMED-Konzerns sondern durch Managementfehler verursacht worden.

Aus dieser Sicht erscheint eine Kapitalaufstockung durch die Gesellschafter in Höhe von 30 Millionen Euro als ein Bekenntnis zum REGIOMED-Konzern absolut notwendig. Es kann nicht sein, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch Arbeitsverdichtung die Tilgung der 30 Millionen Euro Kassenkredite in den nächsten Jahren selbst erwirtschaften müssen.

Nach meiner Überzeugung ist es noch die Aufgabe der jetzigen Gesellschafterversammlung, vor Ende der auslaufenden Amtsperiode der kommunalen Vertreter aus Oberfranken zum 30. April 2020 die Verantwortung für diese Fehlentwicklung zu übernehmen und diesen überfälligen Sanierungsschritt nicht erst den neu gewählten Stadt- und Kreisräten zu überlassen.

Diese neu zu wählenden Kommunalgremien sollten dann allerdings, als weiteren und unbedingt erforderlichen Schritt, in aller Ruhe mit der neuen Geschäftsführung, ohne unter dem Einfluss des Damoklesschwertes einer drohenden Insolvenz der REGIOMED-KLINIKEN GmbH, Sonneberg zu stehen, eventuell neue Beteiligungs- und Stimmrechtsverhältnissen schaffen, falls hierdurch eine zukunftsweisende, positive Konzernentwicklung besser abgesichert werden könnte.

Insbesondere das Thema einer auf die Gemeinnützigkeit ausgerichteten, sachgerechten Rechnungslegung ist dringend aufzugreifen. Es ist doch sehr verwunderlich, dass nach einer Betriebsprüfung in 2018 eine Nachzahlung der Steuern vom Einkommen und Ertrag in der Höhe von mehreren Millionen Euro fällig wurde. Es ist für mich völlig unverständlich, dass ein gemeinnützig tätiger REGIOMED-Konzern in sechs Geschäftsjahren bei einem kumulierten Jahresergebnis nach Steuern in Höhe von nur noch 0,8 Millionen Euro insgesamt Steuern vom Einkommen und Ertrag in Höhe fast des Zehnfachen dieses Nettoertrages, nämlich von über 7,8 Millionen Euro gezahlt hat.

Hier stellt sich einerseits die Frage, ob dieser Umfang nicht gemeinnütziger Geschäftstätigkeit durch die Vorgaben in der Satzung bezüglich der Gemeinnützigkeit noch gedeckt ist.

Andererseits stellt sich die Frage, wenn der REGIOMED-Konzern nicht gemeinnützig tätig wäre sondern ein ganz normales Wirtschaftsunternehmen, ob dann der steuerpflichtige Gewinn in Höhe von fast 30 Millionen Euro, aufgrund dessen diese 7,8 Millionen Euro Steuern vom Einkommen und Ertrag zu zahlen waren, mit dem offenkundigen Verlust des gemeinnützigen Geschäftsbetriebes in Höhe von 21,4 Millionen Euro saldiert werden könnte. Dann wäre nur noch ein Gewinn von insgesamt 8,6 Millionen Euro zu versteuern. Das hätte die Steuern vom Einkommen und Ertrag auf nur noch 2,2 Millionen Euro reduziert anstelle der zuvor erwähnten 7,8 Millionen Euro. Damit wäre der Nettogewinn nach Steuern statt jetzt nur 0,8 Millionen auf stolze 6,4 Millionen Euro angestiegen.

Vielen Dank und mit freundlichen Grüßen

Gez. Dr. Klaus Klumpers